

Stellungnahme des Beirats für Partizipation und Integration Treptow-Köpenick zur Darstellung zur Unterkunft für Geflüchtete im Hassoweg

Der Beirat für Partizipation und Integration Treptow-Köpenick weist die in einem Video verbreiteten Darstellungen zur Unterkunft für Geflüchtete im Hassoweg entschieden zurück. Mehrere zentrale Aussagen sind nachweislich falsch und führen zu einer ungerechtfertigten Stigmatisierung der dort untergebrachten Bewohner*innen.

Richtig ist: Bei dem Objekt im Hassoweg handelt es sich eine Unterkunft mit Apartmentsstruktur für Geflüchtete im Rahmen der Unterbringung durch das LAF in Trägerschaft des LfG-B. Die Unterbringung erfolgt geordnet und in Verantwortung der zuständigen Stellen. Die suggerierte Ausnahmesituation oder ein Kontrollverlust entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Unzutreffend sind insbesondere die Vorwürfe, die Bewohner*innen hätten Probleme mit der Abfallentsorgung oder würden ihren Müll nicht ordnungsgemäß trennen. Diese Behauptungen entbehren jeder sachlichen Grundlage. Nach vorliegenden Informationen stammt der im Video gezeigte und thematisierte Müll nicht aus der Unterkunft, sondern wurde von einem in der Nachbarschaft ansässigen Gewerbebetrieb verursacht. Eine Verantwortung der geflüchteten Bewohner*innen hierfür besteht nicht.

Ebenfalls irreführend sind die angedeuteten Bezüge zur Kriminalitätsentwicklung. Es existieren keine belastbaren oder öffentlich zugänglichen Kriminalstatistiken oder eine polizeiliche Bestätigung der Aussagen über eine erhöhte Kriminalität im Hassoweg oder über Bewohner*innen. Die Kriminalstatistik der Polizei in Berlin zeigt Straftaten nur als Gesamtzahlen. Daraus kann man nicht zuverlässig sagen, wie die Situation in einer bestimmten Unterkunft oder an einer bestimmten Adresse ist.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Kriminalstatistik polizeilich registrierte Verdachtsfälle erfasst und keine Aussagen über Schuld, Verurteilungen oder kollektive Verantwortlichkeiten zulässt. Pauschale Verknüpfungen zwischen Geflüchtetenunterkünften und Kriminalität entbehren daher einer sachlichen Grundlage und stellen eine unzulässige Verkürzung komplexer Zusammenhänge dar.

Die Kombination aus falschen Tatsachenbehauptungen, unzulässigen Zuschreibungen und selektiver Darstellung trägt dazu bei, Vorurteile zu verstärken und das Sicherheitsgefühl im Bezirk auf irreführende Weise zu beeinflussen. Dies trifft nicht abstrakte Gruppen, sondern reale Menschen, die im Hassoweg leben und Teil der Nachbarschaft sind.

Der Migrationsbeirat kritisiert ausdrücklich, dass durch die Darstellung:

- falsche Verantwortlichkeiten konstruiert werden,
- statistische Zusammenhänge verzerrt oder suggeriert werden, ohne belastbare Daten zu benennen
- und die Würde der betroffenen Bewohner*innen missachtet wird.

Wir fordern eine öffentliche Richtigstellung der falschen Behauptungen sowie eine Berichterstattung, die sich an überprüfbaren Fakten orientiert. Kritik an Zuständen im öffentlichen Raum ist legitim, darf jedoch nicht auf Kosten von Menschen geführt werden, die weder Verursacher der benannten Probleme noch statistisch auffällig geworden sind.

Der Migrationsbeirat des Bezirks Treptow-Köpenick steht für eine faktenbasierte, respektvolle und differenzierte öffentliche Debatte und wird weiterhin entschieden gegen Falschdarstellungen und pauschale Schuldzuweisungen Stellung beziehen.